



# Update aus Berlin

Dezember 2023 (I)

**NACHTRAGSHAUSHALT  
2023 EINGEBRACHT**



## Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

ursprünglich wollten wir in dieser Woche den Bundeshaushalt für 2024 verabschieden. Nach intensiver Prüfung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November und der öffentlichen Anhörung haben wir uns dazu entschieden, die Haushaltswoche zu verschieben – und zwar aus guten Gründen. Die Verfassungsrichterinnen und -richter haben den zweiten Nachtragshaushalt 2021 für verfassungswidrig erklärt. Das bedeutet, dass ein Teil des Klima- und Transformationsfonds (KTF) – nämlich 60 Milliarden – nicht mehr gedeckt ist. Deshalb müssen wir die Wirtschaftspläne dieser Fonds anpassen. Um dies im Haushalt 2023 abzubilden, hat die Bundesregierung am Freitag einen **Nachtragshaushalt** für dieses Jahr eingebracht. Er setzt die notwendigen Anpassungsbedarfe in den Wirtschaftsplänen des KTF, des WSF und des Aufbauhilfefonds 2021 (Flutschäden) um. Im Wirtschaftsplan des KTF verringern sich die Einnahmen um 60 Milliarden Euro. Der WSF muss angepasst werden. Dafür werden 43,2 Milliarden Euro Krediteinnahmen veranschlagt. Verfassungsrechtlich und finanziell abgesichert wird so insbesondere die Finanzierung der Strom- und Gaspreisbremse in diesem Jahr. Dem Aufbauhilfefonds 2021 werden rund 1,6 Milliarden Euro zugeführt.

Auch den **Haushalt für 2024** wollen wir in diesem Jahr abschließen, denn wir wollen nicht in eine vorläufige Haushaltsführung kommen. Ich glaube, dass wir weiterhin nicht in normalen Zeiten leben. Im Gegenteil: Wir können nicht abschätzen, wie sich der Krieg gegen die Ukraine entwickelt. Hinzu kommt, dass sich der Konflikt zwischen Israel und der Hamas zu einem regionalen Krieg ausweiten könnte. Und natürlich bleibt die große Aufgabe, dem Klimawandel zu begegnen und die Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft gut zu meistern. Das gehört leider zu den Widersprüchen unserer Situation. Während uns einerseits die Höchsten Gerichte zu mehr Klimaschutz auffordern, werden die über mehrere Jahre angelegte Mittel verfassungsrechtlich als unzureichend qualifiziert. Wir werden also die Beschlüsse neu besprechen und veranschlagen müssen. Dabei setzt uns die Schuldenbremse zu hohen Hürden.

Im Moment werden viele Vorschläge für die künftige Haushaltspolitik diskutiert. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen **lehnen Sozialkürzungen ab**. Der Forderung von CDU und CSU, beim Bürgergeld zu kürzen, stellen wir uns entgegen. Wir brauchen bessere Löhne, die zum Leben reichen und keine Kürzungen zu Lasten derjenigen, die auf einen starken Staat angewiesen sind. Wir als SPD-Fraktion halten es deshalb für notwendig, **die Schuldenbremse zu reformieren**. Dazu wollen wir gemeinsam mit allen demokratischen Parteien nach einer Lösung suchen.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch,

Euer



## Inhalt

Die Umfrage. >>> Regierungserklärung von Olaf Scholz. >>> Meine Rede zu Methodiken zur ökobilanziellen Bewertung von Gebäuden. >>> Meine Rede zur Stärkung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. >>> Wir reformieren das Staatsangehörigkeitsrecht. >>> Deutschlandticket für Studis. >>> AG Kommunalpolitik & AG Migration. >>> Welt-AIDS-Tag. >>> Einblicke in die Sitzungswoche.



## Die Umfrage.

Jetzt seid ihr dran. Ich möchte das Update nutzen, um Euch nach Eurer Meinung zu fragen. Wie die Abstimmung ausgegangen ist, könnt Ihr im nächsten Update einsehen.

Die AfD wird in Umfragen stärker. Zum ersten Mal werden AfD-Politiker für kommunale Spitzenämter in Thüringen und Sachsen-Anhalt vereidigt. Dennoch hat sie keine Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Ganz im Gegenteil: Ihre Parolen schaden dem Land und ihre politischen Vorschläge sind ungerecht und in Teilen rechtsextrem. Die AfD ist mit ihrer Verachtung der demokratischen Werte äußerst gefährlich für unser aller Freiheit.



Foto von Markus Spiske auf Unsplash

### Sollte die AfD verboten werden?

- » Ja. Entscheidungsgrundlage ist ein Verbotsantrag, den der Bundesrat, der Bundestag oder die Bundesregierung stellen können. Man muss handeln, bevor der befürchtete Schaden für die Demokratie eintritt.
- » Nein, die AfD hat sich als Partei etabliert. Mit einem Verbotsantrag würde die Politik den Eindruck vermitteln, sich unliebsame Konkurrenz vom Hals schaffen zu wollen. Mit Blick auf bevorstehende Wahljahr würde so viel Öl ins Feuer gegossen werden.
- » Deine eigene Antwort.

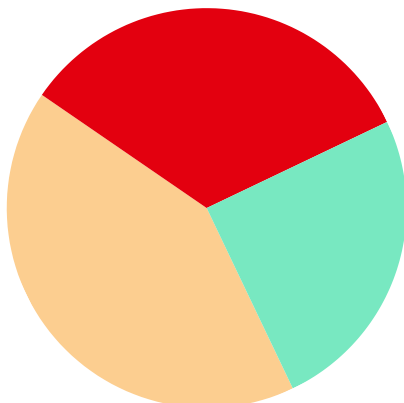
**Hier könnt Ihr anonym online abstimmen!**



### Letzte Umfrage:

*Wer muss Eurer Meinung nach gegen Gewalt im Amateurfußball handeln und Verantwortung übernehmen?*

So habt Ihr abgestimmt:



Das ist Sache der Fußballverbände vor Ort. Sie müssen gezielt Maßnahmen ergreifen und ihre Nähe zu den betroffenen Vereinen nutzen.



Der DFB muss seiner Rolle als Dachverband gerecht werden und auch bei diesem Thema noch mehr eingreifen. Es handelt sich um ein deutschlandweites Problem und sollte auch so behandelt werden.



Bei der Vielzahl an Vorfällen muss die Politik sich diesem strukturellen Problem annehmen und handeln.

*Eine Stimme aus der Umfrage: "Das Problem ist bekannt und muss konsequent angegangen werden. man weiß doch, wo das Problem herkommt... lässt es nicht verschludern, bis womöglich noch Spieler um Leben kommen.. Im sport sollte man solche Vorfälle sofort aufarbeiten, harte Konsequenzen ziehen, und den Sport sauber halten."*

## Regierungserklärung von Olaf Scholz.

In seiner Regierungserklärung am Dienstag hat Olaf Scholz darüber informiert, wie es nach dem Karlsruher Urteil weitergehen soll. "Eine neue Realität" steht uns als große Herausforderung bevor, daraus machte der Bundeskanzler keinen Hehl. Klar ist seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November: Den Kredit von 60 Mrd. Euro für Corona-Hilfen stattdessen für Investitionen in den Klimaschutz und die Modernisierung unseres Landes zu verwenden, ist rechtlich nicht zulässig. Die Folge: Es wird schwieriger, die Ziele für unser Land zu erreichen, wenn auf einmal so viel Geld fehlt. Dennoch gilt:



- Der Staat wird weiterhin seinen Aufgaben gerecht, alle laufenden und bereits vertraglich festgehaltenen Ausgaben laufen weiter!
- Im Alltag der Bürgerinnen und Bürger ändert das Urteil nichts, die Unterstützung der Gesellschaft ist gesichert! Lasst Euch da nicht von Falschmeldungen und Schlagzeilen verunsichern!
- Mit dem nun notwendigen Nachtragshaushalt wird sichergestellt, dass der laufende Haushalt 2023 allen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entspricht.
- Durch die Aussetzung der Schuldenbremse sichern wir beispielsweise den Fortbestand der Energiepreisbremse. Die Feststellung einer außergewöhnlichen Notlage ermöglicht dies.
- Diesen Schritt sind bereits einige Bundesländer, darunter auch CDU-geführte wie Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein gegangen. Deutschland bleibt handlungsfähig.

Während die Union im Bund weiter auf die Schuldenbremse pocht, ist es für andere Staaten eine Selbstverständlichkeit, Milliarden in Klima, Transformation und die Zukunft ihres Landes zu investieren. Staatsschulden sind keine Schande, sie sind Investitionen, das müssen wir uns auch in Deutschland jetzt dringend eingestehen. Wir dürfen die Modernisierung unseres Landes nicht im Zuge der aktuellen Herausforderungen vernachlässigen. Es ist jetzt wichtiger denn je, das Fundament für die Zukunft schaffen. Friedrich Merz hingegen wirft der Bundesregierung vor, die Verschuldungsgrenze in einer „dreisten Art und Weise“ zu umgehen und behauptet gleichzeitig, die von CDU/CSU eingereichte Klage beim Verfassungsgericht sei „keine Klage gegen den Klimaschutz“ gewesen.

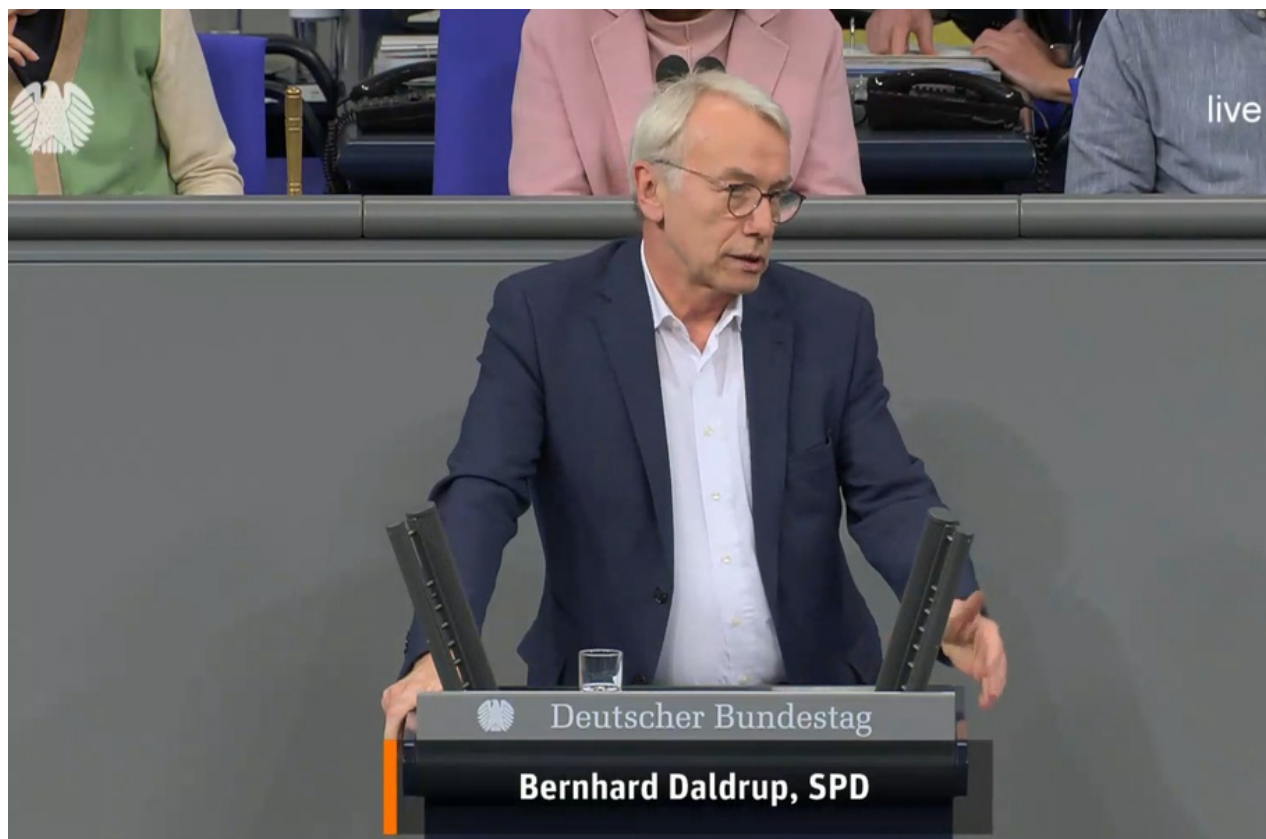
So sieht Glaubwürdigkeit in Krisenzeiten aus?!

Gut, dass unser Land stattdessen von einem besonnenen Bundeskanzler durch schwierige Zeiten geführt wird. Olaf Scholz versichert zum Abschluss: „Mit klaren Prämissen und der nötigen Ruhe und Verantwortung beraten wir über den Haushalt fürs kommende Jahr“. Die Bundesregierung lässt die Bürgerinnen und Bürger nicht alleine. Und ja, das kostet Geld, und einfach wird es auch nicht. Umso wichtiger, dass wir andere Prioritäten als die Opposition haben. Nämlich die Zukunft unseres Landes, statt sich wie Friedrich Merz noch 30 Jahre später auf den Leistungen seiner Partei aus den Neunzigern auszuruhen.



## **Meine Rede zum Bericht der BReg über Forschungsergebnisse zu Methodiken zur ökobilanziellen Bewertung von Wohn- und Nichtwohngebäuden.**

Der Titel ist etwas sperrig, dabei geht es darum, dass wir Methodiken brauchen, um zu verstehen, wie viel Energie ein Gebäude von der Produktion bis hin zum Abriss benötigt. Kurz: eine Betrachtung des Lebenszyklus.



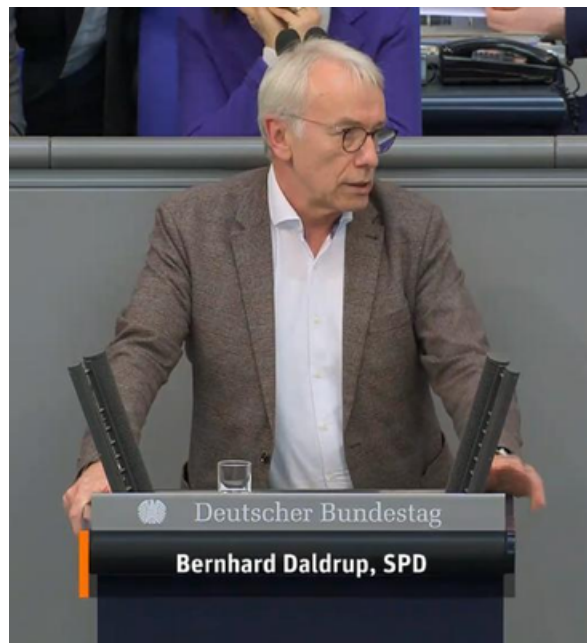
Warum? Rund 40 % der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen stammen aus dem Gebäudesektor. Der Gebäudesektor ist verantwortlich für die Hälfte des Rohstoffverbrauchs in der EU. Und 35 % des Abfalls in der EU stammt aus dem Gebäudesektor. Würde man Beton als eigenständiges Land werten, hätte es nach China und den USA die dritthöchsten CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit. Die Zementproduktion ist für ca. 4% der deutschen Treibhausgase verantwortlich. Die ersten positiven Entwicklungen im Baugewerbe gibt es schon. Wir haben zertifizierten Holzbau, wir haben Dämmmaterial aus nachwachsenden Rohstoffen und wir haben Ziegel aus CO<sub>2</sub>-reduzierter Produktion. Deutschland lebt von solchen Innovationen. Und wir müssen dafür sorgen, dass diese Innovationen auf dem Markt gelangen und dort konkurrenzfähig sind.

Nachhaltige und klimafreundliche Baumaterialien und Produktionsprozesse sind in der Regel aufgrund der niedrigen Nachfrage noch höherpreisig. Wenn wir aber die Nachfrage nach Bauprodukten mit reduzierten Treibhausgasemissionen stimulieren, kann die Industrie ihre Produktion mit den kostensenkenden Effekten ausweiten. Auch wenn die Opposition gerne alles in Frage stellt: Wir können Klimaschutz und Bezahlbarkeit unter einen Hut bringen. Mit dem Bericht schafft die Bundesregierung mehr Klarheit im Gebäudesektor.

## Meine Rede zur Stärkung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Wir haben am Freitag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung diskutiert, der nicht nur die Richtung unserer europäischen Zusammenarbeit prägt, sondern auch weitreichende globale Auswirkungen hat. Es geht um die Zukunft der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE).

Seit ihrer Gründung im Jahr 1991, in einer Ära des politischen Umbruchs, hat die EBWE ihre Rolle als Schlüsselinstrument der Demokratisierung und wirtschaftlichen Entwicklung unter Beweis gestellt. Sie unterstützte den Aufbau der Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa. Das klingt technisch, war aber zentral für die Entwicklung der Länder des östlichen Europas.



Dazu gehörte die Förderung des Handels, die Sicherung der Energieversorgung, die Unterstützung lebensnotwendiger Infrastruktur, die Ernährungssicherheit und die Stärkung des privaten Kapitalssektors als unabdingbare Elemente einer funktionierenden Gesellschaft.

Deutschland, als Gründungsmitglied und wichtiger Anteilseigner (8,52% des Kapitals), hat stets die Mission der Bank unterstützt. Unsere Investitionen in die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung haben eine direkte Hebelwirkung in den unterstützenden Ländern. Unser Engagement steht für die zentrale Rolle Deutschlands in der EBWE. Und hierbei setzen wir uns nicht nur für Umwelt- und Klimaschutz, sondern allumfassend für wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität ein.

Folglich ist es nur konsequent, dass in dieser herausfordernden Zeitenwende die Ukraine im Fokus der Bank steht. Wie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung richtigerweise stets betont, hat die Unterstützung der Ukraine jetzt und in Zukunft oberste Priorität. Sie leistet wichtige Finanzierungen im kriegsgebeutelten Land. Dabei konzentriert sie sich auf die elementaren Bereiche. Dazu gehören die Energie- und Lebensmittelsicherung sowie der Wiederaufbau von kritischer Infrastruktur.

Die Bank hat im letzten Jahr bereits 1,7 Milliarden Euro in die Ukraine investiert und plant, ihr Kapitaleinsatz um weitere vier Milliarden zu erhöhen, um ihre und damit unsere Unterstützung für die Ukraine und andere Projekte fortzusetzen. Also: auch die Unterstützung europäischer Projekte können Formen des Widerstands gegen russische Aggressoren sein.

Zum Antrag gehört aber nicht allein eine notwendige Kapitalerhöhung. Hinzukommt eine Erweiterung des Tätigkeitsbereichs der EBRD auf Subsahara-Afrika und den Irak. Für mich ist dieser Schritt nicht nur eine notwendige Antwort auf die aktuellen geopolitischen Herausforderungen, sondern auch ein klares Bekenntnis zu unserem Engagement für eine nachhaltige globale Entwicklung und die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weltweit. Ich freue mich, dass alle demokratischen Fraktionen den Gesetzentwurf mittragen.

## Wir reformieren das Staatsangehörigkeitsrecht.

Ihr gehört zu uns – Ihr seid Teil unserer Gesellschaft, mit allen Rechten und Pflichten! Dieses Signal senden wir an Millionen von Menschen, die hier leben und arbeiten, oft auch hier geboren sind, aber von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen sind, weil sie keinen deutschen Pass besitzen. Um das zu ändern, bringen wir ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht auf den Weg, das unserer vielfältigen Gesellschaft und unserem modernen Land gerecht wird.

Das ist ein klarer Paradigmenwechsel: Dazu gehört die schnellere Einbürgerung, die künftig nach fünf statt acht Jahren möglich sein soll, bei besonderer Integrationsleistung schon nach drei Jahren. Dazu gehört auch, Mehrstaatigkeit künftig generell zu ermöglichen, was die Lebensrealitäten vieler Menschen anerkennt, die künftig nicht mehr einen Teil ihrer Identität aufgeben müssen. Und dazu gehört, die Lebensleistung der Gastarbeitergeneration und der „Vertragsarbeiter:innen“ anzuerkennen und ihnen die Einbürgerung zu erleichtern: Sie müssen künftig keinen Einbürgerungstest mehr machen.

Klar ist auch: Wie bisher bereits, gehört zu den Voraussetzungen für die Einbürgerung das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Bei Einbürgerungsbewerber:innen muss der Lebensunterhalt für sich selbst und die unterhaltspflichtigen Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen nach SGB II oder XII erbracht werden. Ausnahmen hiervon werden nunmehr ausdrücklich im Gesetz benannt. Ausgeschlossen ist der Erwerb auch im Fall einer Mehrehe oder wenn Personen durch ihr Verhalten zeigen, dass sie die im Grundgesetz festgelegte Gleichberechtigung von Mann und Frau missachten.

## Günstigeres Deutschlandticket für Studis.

**GÜNSTIGERES  
DEUTSCHLANDTICKET FÜR  
STUDIERENDE KOMMT!**



**SPD** Fraktion im Bundestag

Good News! Das günstigere **Deutschlandticket** für Studierende kommt! Darauf haben sich Bund und Länder geeinigt. Das ist ein großer Erfolg, für den wir als SPD-Bundestagsfraktion seit Langem kämpfen.

Für alle Studierende heißt das: Ihr könnt möglichst schon ab dem kommenden Sommersemester das Deutschlandticket als vergünstigtes Semesterticket im Solidarmodell nutzen. Es soll dann 29,40 Euro kosten, das entspricht 60 Prozent des Regelpreises für das Ticket.

Das sind gute Nachrichten. Denn günstige Mobilität ist Teil unserer sozialdemokratischen Idee von Bildungsgerechtigkeit.



## AG Kommunalpolitik & AG Migration.



Auf der gemeinsamen Sitzung von AG Kommunalpolitik & AG Migration habe ich die Bedeutung der Integration von Geflüchteten in unsere Gesellschaft betont. Gleichzeitig ist es notwendig, die soziale und ökonomische Stabilität unserer Kommunen zu bewahren, die bei der Aufnahme, Unterbringung und Integration von Geflüchteten Herausragendes leisten!

## Welt-Aids-Tag am 1. Dezember: Solidarität statt Diskriminierung.

Seit mehr als 30 Jahren findet jedes Jahr am 1. Dezember der Welt-Aids-Tag statt. Menschen mit HIV können heute leben wie alle anderen und würden das gern, doch Unwissenheit und Vorurteile in ihrem sozialen Umfeld können nach wie vor eine erhebliche Belastung darstellen. Diese Angst vor Diskriminierungen, z.B. am Arbeitsplatz, aber auch im Freundeskreis und in der



Anna Kassautzki MdB, Markus Hümpfer MdB, Derya Türk-Nachbaur, MdB, Bernhard Daldrup, MdB und Jasmina Hostert, MdB. Foto-Credit: Paul Alexander Probst

Familie hält Betroffene davon ab, sich auf HIV testen zu lassen. Das hat fatale Folgen, denn umso früher die Behandlung erfolgt, desto besser.

Daher ist es so wichtig, dass es Einrichtungen wie die Aidshilfe Ahlen gibt. Die Aidshilfe Ahlen ist Anlaufstelle für alle Betroffenen, die aufgrund ihrer HIV-Infektion einer Diskriminierung ausgesetzt sind oder waren. Neben Beratung für die Betroffenen bietet die Aidshilfe ein niederschwelliges Testangebot an. Der Selbsttest kann ohne große Hürden angewendet werden, Termine können telefonisch (02382 19411) oder per E-Mail ([info@aidshilfe-ahlen.de](mailto:info@aidshilfe-ahlen.de)) vereinbart werden.





Am vergangenen Montag haben wir uns mit unserem **Bundeskanzler Olaf Scholz** in der NRW-Landesgruppensitzung über die akute Situation des Bundeshaushaltes sowie über andere wichtige, in die Zukunft weisende Themen diskutiert.



Am vergangenen Dienstag war in der AG Wohnen Staatsministerin **Sarah Ryglewski** zu Gast. Im Mittelpunkt der Gesprächs war die Situation am Bau. Konkret ging es um die Frage, wie wir es schaffen den Bau von bezahlbaren Wohnungen zu stabilisieren. Darüber haben wir uns mit den Mitgliedern der AG und **Elisabeth Kaiser**, der Staatssekretärin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, ausgetauscht.

Bei der Veranstaltung der Stadtentwickler am vergangenen Donnerstag ging es um die Frage, wie sich **Innenentwicklungspotenziale** vermehren und schneller modernisieren lassen. 2021 wurde das Baulandmobilisierungsgesetz mit dem Ziel verabschiedet, dass Kommunen befähigt werden, ausreichend Bauland für den Bau von Wohnraum aktivieren zu können.

